

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

KOMMENTAR

Gegen Parteidiktat

Das Volk hat eine deutliche Sprache gesprochen. Stimmbürgerinnen, die auf Landesebene erstmals an einer Abstimmung teilnehmen konnten, und Stimmbürger erteilten dem Vorhaben der Regierung, ein neues Jagdgesetz in Kraft zu setzen, eine selten zu registrierende Abfuhr.

Die beinahe zwei Drittel des Gesamtresultates erreichenden Nein-Stimmen dürften freilich nicht so gedeutet werden, als ob die Stimmbürger generell gegen eine Neuregelung der Jagd oder gegen die Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen an international eingegangene Verpflichtungen zur Erhaltung der wildlebenden Tiere votiert hätten. Schon gar nicht kann in der heutigen Zeit, in der dem Schutz der Umwelt und der Beibehaltung der Lebensräume für Mensch, Tier und Pflanzen dort grosse Bedeutung zugemessen wird, davon ausgegangen werden, dass die Stimmbürger diesen Aspekten nicht genügend Beachtung geschenkt hätten.

Der Grund für die überaus deutliche Abfuhr liegt anderswo. Er liegt dort, wo dem Bürger die Galle überläuft, weil er mit immer neuen gesetzlichen Bestimmungen überhäuft wird, die - wie sich beim Jagdgesetz deutlich gezeigt hat - teilweise wenig ausgegoren sind, die regeln wollen, ohne dass sich die Erbauer der Gesetze an ihre Regeln halten: Seriöse Arbeit bei jeder Vorlage, Abklärung über die Notwendigkeit und - nicht zuletzt - Beachtung der Mündigkeit der Bürger.

Ein weiterer Grund für die Abfuhr liegt aber zweifellos auch darin, dass die Abstimmung aufgrund des Verzichtes der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) auf eine Parteiparole wenigstens teilweise eine echte Sachabstimmung zustande kam. Der Bürger konnte sich eine eigene Meinung bilden, das Pro und Kontra abwägen, aber auch abwägen, wie auf der einen Seite auf die Parteidisziplin gepocht wurde, während die andere die sachlichen Aspekte in den Vordergrund stellte.

Die Fehler, die gemacht wurden, liegen nach dem Abstimmungsresultat noch deutlicher zutage als vorher. Die Mehrheitspartei hat den Auftrag erhalten, die Gesetzesmaterie neu zu überdenken, die unbestrittenen Änderungen vielleicht im Rahmen einer kleinen Revision in das bestehende Gesetz einzubauen - und vor allem: Für die umstrittenen Punkte nach Lösungen suchen, die vom Bürger akzeptiert werden und dennoch den Forderungen nach zeitgerechter Jagd und unumgänglichem Natur- und Landschaftsschutz entsprechen.

Die Absage des Bürgers galt der Auffassung, einfach alles mit einem neuen Gesetz reglementieren zu wollen, dies gilt es in erster Linie zu berücksichtigen. (G.M)

Umfrage über Ostpolitik

Hamburg (AP) Mehr als drei Viertel aller Bundesbürger halten es für richtig, dass die Bundesrepublik die Oder-Neisse-Linie als deutsch-polnische Grenze anerkennt. Bei einer vom Hamburger Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» in Auftrag gegebenen Umfrage des Emnid-Instituts sprachen sich 76 Prozent der Befragten für ein Abfinden mit dieser Grenze aus. Nach Angaben des Magazins wurde die in der jüngsten Ausgabe abgedruckte Umfrage in der vergangenen Woche unter 1.000 repräsentativ ausgesuchten Bundesbürgern über 18 Jahren gemacht.

Von den CDU/CSU-Wählern antworteten dem «Spiegel» zufolge 66 Prozent auf die Frage nach dem Abfinden mit der deutsch-polnischen Grenze mit einem «Ja», bei den SPD-Wählern 83 Prozent und bei Wählern der Grünen sogar 94 Prozent. Das mit Bundeskanzler Helmut Kohl ausgehandelte Motto des Schlesier-Treffens «40 Jahre Vertreibung - Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker» hielten 37 Prozent der Befragten für falsch und 32 Prozent für missverständlich.

Eine deutliche Abfuhr für das Jagdgesetz

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verweigerten mit deutlichem Mehr ihre Zustimmung

Mit einem überraschend deutlichen Resultat ist die Abstimmung über das neue Jagdgesetz zu Ende gegangen: Im ganzen Land votierten nur 3010 Bürgerinnen und Bürger für die Vorlage, während 5026 ein klares Nein in die Urne warfen. Der Anteil der Ja-Stimmen beläuft sich auf lediglich 37.4 Prozent, gegen die Nein-Stimmen einen Anteil von 62.6 Prozent erreichten. Um ein ähnlich klares Nein des Bürgers gegen eine Regierungsvorlage zu finden, muss man bis zur Ablehnung der Umfahrungstrasse Vaduz - Schaan zurückblättern.

Mit Ausnahme der Gemeinde Ruggell, die dem Jagdgesetz mit dem eher knappen Resultat von 210 Ja (entsprechend 54 Prozent) und 179 Nein (46 Prozent) ihre Zustimmung erteilte, stimmten alle Gemeinden geschlossen gegen das neue Jagdgesetz. Im kleineren Wahlkreis Unterland wurden 1033 Ja-Stimmen (40.7

Prozent) und 1506 Nein-Stimmen (59.3 Prozent) registriert, während im Wahlkreis Oberland die Abfuhr für das Jagdgesetz noch deutlicher ausfiel: 1977 Bürgerinnen und Bürger hatten sich an der Urne für das Gesetz ausgesprochen, während 3520 dagegen votierten. Die Ja-Stimmen erreichen damit lediglich einen Anteil von 35.9 Prozent, die Nein-Stimmen dagegen 64.1 Prozent. Besonders hervorzuheben sind die Gemeinden Triesenberg mit einem Nein-Anteil von 83 Prozent und Triesen mit 67.7 Prozent Nein-Stimmen.

Triesen und Triesenberg, von wo bekanntlich die Initiative zur Unterschriftensammlung gegen das vom Landtag beschlossene Jagdgesetz ausging, erreichten zusammen mit Planken und Schellenberg ein weit über dem Landesdurchschnitt liegendes Nein-Resultat. Ebenfalls über

dem Durchschnitt liegt Planken mit einem Nein-Anteil von 72.3 Prozent.

Den Erwartungen entsprechen dürfte die Stimmbeteiligung von 68.5 Prozent im ganzen Land. Wie der Anteil der Nein-Stimmen lag auch bei der Stimmbeteiligung das Oberland mit 69.5 Prozent vor dem Unterland mit 67.2 Prozent. Die Zahl der ungültigen Stimmen hielt sich mit 21 in den üblichen Grenzen, während jedoch die leeren Stimmen, die im ganzen Land die hohe Summe von 355 erreichten, eher überraschend wirken. Über das Zustandekommen dieser hohen Anzahl von leeren Stimmzetteln kann nur spekuliert werden, doch dürfte ein Faktor die Unsicherheit darüber gewesen sein, ob nun das neue Gesetz oder das alte für unser Land besser sei. Interessant ist bei dieser Zahl auch, dass im Oberland mit 257 leeren Stimmen offenbar weit mehr unentschiedene Bürgerinnen und Bürger zur Urne gingen als im Unterland, wo die Zahl der leeren Stimmzettel nur 98 beträgt.

Nach dieser deutlichen Abfuhr der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen die Absicht der Regierung, ein neues Jagdgesetz zu schaffen, das sicher in einigen Punkten eine Verbesserung der bisherigen Situation gebracht hätte, aber nach Ansicht einer überwältigenden Mehrheit der Stimmberechtigten nicht notwendig ist, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Jagdgesetzgebung. Vorerst bleibt das bisherige Gesetz, das sich nach Auffassung der Regierung in seinen Grundzügen bewährt hat, in Kraft. Dann wird die Regierung zu prüfen und zu analysieren haben, ob nochmals eine Gesamtvorlage oder nur eine Teilrevision vorgelegt werden soll. Der Stimmbürger hat ein deutliches Votum abgegeben. Nun liegt der Ball wieder auf der anderen Seite.

Die Resultate in den einzelnen Gemeinden sind in der untenstehenden Tabelle sowie auf Seite 3 enthalten.



Günther Marxer auf dem Weg ins Spital.

Günther wohlauf!

Während die Schweiz gestern in Bormio mit zwei Gold- und zwei Silbermedaillen in der Spezialabfahrt, durch Pirmin Zurbriggen und Peter Müller bei den Herren und Michaela Figini und Ariane Ehrat bei den Damen, den wohl erfolgreichsten Tag in der Geschichte ihres Skisportes feierte, hatte Liechtenstein einen schwarzen Tag zu verzeichnen. In der Herrenabfahrt kam der Schaanwälder Günther Marxer auf Grund des starken Windes im oberen Streckenteil böse zu Sturz, was einen Rennunterbruch zur Folge hatte. Günther musste von einem Rettungshelikopter in ein nahegelegenes Spital transportiert werden, wo er sich erfreulicherweise sehr rasch von seinem böse anzusehenden Sturz erholte. Die Ärzte stellten lediglich einen Schock sowie leichte Prellungen fest. Günther Marxer wird wahrscheinlich bereits heute nach Liechtenstein zurückkehren, um sich von seinen Sturzfolgen zu erholen.

Bei den Damen erreichte die einzige LSV-Starterin Jolanda Kindler aus Triesen den ansprechenden 29. Rang. (Ausführliche Berichte und Interviews über das WM-Geschehen in Bormio entnehmen Sie bitte dem Sportteil unserer Ausgabe).



Die Abstimmung über das neue Jagdgesetz war die erste Gelegenheit nach der Einführung des Frauenstimmrechts für unsere Frauen, auf Landesebene mitzuentcheiden. Die Frauen haben ihre staatsbürgerliche Verpflichtung, wie aus den verschiedenen Abstimmungslokalen zu erfahren war, sehr ernst genommen und an der Abstimmung teilgenommen, wie unser Bild aus Schaan beweist.

Volksabstimmung: Referendum Jagdgesetz vom 3. Februar 1985

Gemeinde	Stimm-berechtigte	Stimmen					JA	%	NEIN	%
		abgegeben	Beteiligung	ungültig	leer	gültig				
Vaduz	1973	1250	63,4 %	5	56	1189	474	39,8 %	715	60,2 %
Schaan	1975	1505	76,2 %	4	96	1405	590	41,9 %	815	58,1 %
Balzers	1638	1121	67,6 %	2	36	1083	464	42,7 %	619	57,3 %
Triesen	1434	877	61,2 %	5	36	836	270	32,3 %	566	67,7 %
Triesenberg	1176	911	77,5 %	2	26	883	151	17,0 %	732	83,0 %
Planken	135	108	80,0 %	0	7	101	28	27,7 %	73	72,3 %
Total Oberland	8331	5772	71,0 %	18	257	5497	1977	35,9 %	3520	64,1 %
Eschen	1390	927	66,7 %	2	31	894	390	43,6 %	504	56,4 %
Mauren	1154	762	66,1 %	1	28	733	268	36,6 %	465	63,4 %
Ruggell	648	402	62,0 %	0	13	389	210	54,0 %	179	46,0 %
Gamprin	433	305	70,4 %	0	16	289	110	38,1 %	179	61,9 %
Schellenberg	316	244	77,2 %	0	10	234	55	23,5 %	179	76,5 %
Total Unterland	3941	2640	68,5 %	3	98	2539	1033	40,7 %	1506	59,3 %
Oberland	8361	5772	69,5 %	18	258	5487	1977	35,9 %	3520	64,1 %
Unterland	3941	2640	67,2 %	3	98	2539	1033	40,7 %	1506	59,3 %
Total	12302	8412	68,5 %	21	355	8036	3010	37,4 %	5026	62,6 %